

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Dienstag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigenpreis-
teile 400 Mk., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 Mk.,
unter Eingabe 1000 Mk. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentendank, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpfändern auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 101

Mittwoch, 2. Mai

1923

Der deutsche Reparationsplan.

Das Angebot der Reichsregierung an die Regierungen der alliierten Länder ist heute vormittags gleichzeitig in London, Paris, Rom und Brüssel überreicht, sowie der Regierung in Washington zur Kenntnis gebracht worden. Damit hat die deutsche Regierung einen Weg beschritten, der von der Sozialdemokratie schon längst als notwendig erachtet wurde. Auch der Sozialdemokratischen Partei ist es, nach den endlosen Demütigungen, für die sie sehr großes Verdienst hat, nie leicht gefallen, ein Angebot zu fordern. Wenn sie es tat, dann lediglich aus realpolitischen Gründen, die sich heute auch die Regierung des Reiches und große Parteien des Reichstags zu eigen gemacht haben.

Die Reichsregierung bietet den alliierten Mächten in ihrem Vorschlag dreißig Milliarden einschließlich aller Sachlieferungen an. Von diesen 30 Milliarden, die als das Höchstmäß der deutschen Leistungsfähigkeit betrachtet werden, sollen 20 sofort auf dem internationalen Finanzmarkt durch Kautelen aufgenommen werden, von den restlichen 10 Milliarden will man 5 Milliarden nach fünf Jahren, die weiteren 5 nach drei Jahren aufnehmen.

Der Sinn des deutschen Angebots ist ein vierjähriges Moratorium für alle finanziellen Verpflichtungen. Die bisherigen Sachlieferungen werden in den Betrag von 30 Milliarden nicht eingerechnet, so daß also die Abrechnung erst ab jetzt gilt.

Die Zinsen, die einschließlich Amortisation, jährlich 1,2 Milliarden betragen, sollen von diesem Kautelenbetrag abgezogen werden, so daß, vorausgesetzt, daß der gesamte Betrag eingeht, sofort 15,2 Milliarden zur Verfügung der Entente gestellt werden können. Falls die restlichen 10 Milliarden auf dem internationalen Finanzmarkt nicht aufgenommen werden können, soll ein internationales Schiedsgericht darüber entscheiden, ob und wie dieser Betrag gezahlt werden kann. Ferner will man diesem Schiedsgericht die Entscheidung darüber überlassen, ob für Abdeckung der Zinsen weitere Anleihen aufgenommen sind und, falls die Alliierten sich mit dem von Deutschland genannten Betrag von 30 Milliarden Goldmark als Maßstab unserer Leistung nicht einverstanden erklären, wie stark die deutsche Leistungsfähigkeit ist.

Für die Zusammenfassung eines Schiedsgerichtshofes denkt sich die Reichsregierung drei Möglichkeiten, die in dem Angebot einzeln aufgeführt werden. Zunächst wird als Schiedsgericht das Internationale Institut in Brüssel vorgeschlagen, das sich bekanntlich aus maßgebenden Vertretern der internationalen Weltweit zusammensetzt; ferner denkt man sich die Bildung einer beratenden Instanz nach dem Guggenbühl-Vorschlag, der bekanntlich ein Gremium neutraler Sachverständiger vorsieht. Als dritte Möglichkeit ist eine Kommission geplant, die aus einem Vertreter der Reparationskommission, einer Persönlichkeit, die vom schweizerischen Bundespräsidenten ernannt wird, und einem Deutschen besteht.

Die Voraussetzung für die Aufnahme internationalen Anleihen sind Garantien, ohne die eben kein Mensch auf der Welt Geld zur Verfügung stellen wird. Nach unseren Informationen sieht das deutsche Angebot gefälligst festgelegte Garantien nicht vor, sondern sagt, daß die Regierung bereit ist, die deutsche Wirtschaft durch geeignete Maßnahmen zu Garantien zu verpflichten. Form und Art dieser Garantien sollen in besonderen Verhandlungen festgelegt werden.

Die Sicherheitsfrage findet in dem Angebot nach unseren Informationen eine Behandlung, die man, im Vergleich zu der bisherigen Stellungnahme der Regierung, im allgemeinen als Fortschritt bezeichnen kann. Das Kabinett Cuno erklärt sich bereit, einen Pakt zu unterzeichnen, der die Unverletzlichkeit der Landesgrenzen aller Rheinbundstaaten vorsieht und will sämtliche in Bezug auf diese Frage entstehenden Streitigkeiten zur Schlichtung einem internationalen Schiedsgerichtshof unterbreiten.

Die Räumung des Ruhrgebietes wird in dem deutschen Reparationsplan ebenfalls behandelt. Die zum Ausbruch gebrachte Erwartung des Reichstages, daß, nach Abschluß der gewünschten

Reparationsverhandlungen, das Ruhrgebiet in kürzester Frist geräumt wird, ist zweifellos der Zustimmung jedes Deutschen sicher. Auch die in anderem Zusammenhang geforderte wirtschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung auf dem Weltmarkt, bez. dem internationalen Verkehr muß allgemeine Zustimmung hervorrufen. Ob das Angebot von den Alliierten als ausreichend betrachtet

werden, möchten wir allerdings dahingestellt sein lassen.

Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister empfingen am Dienstag vormittags die Parteiführer zur Unterrichtung über den Inhalt der deutschen Note an die alliierten Mächte. Die Sozialdemokratische Reichs-

tagfraktion war vertreten durch die Abg. Wels, Breitheid und Hilferding. Sie machte dem Reichskanzler einzelne Abänderungsvorschläge. Nachmittags 3 Uhr fand in der Reichskanzlei die Besprechung der Ministerpräsidenten über die innerpolitischen Auswirkungen unseres Reparationsangebotes statt.

England pessimistisch.

London, 2. Mai.

Der heutigen Überreichung der deutschen Reparationsnote wird mit großem Interesse jedoch mit ausgesprochenem Pessimismus entgegengesehen. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ begründet es, daß die Note gleichzeitig der Presse übergeben werden soll. Auf diese Weise wird die öffentliche Meinung der Welt Gelegenheit haben, ihr Urteil über die deutschen Vorschläge auszusprechen, bevor irgend welche Regierungsbeschlüsse gefaßt sind. Dies sei eine demokratische Methode. Die vorherrschende Stimmung sei trotzdem sowohl in alliierten als auch in neutralen Kreisen pessimistisch, um nicht zu sagen, gedrückt. Von kritischer Seite seien keine Äußerungen zu erwarten. Man will nicht, daß diese oder jene Partei argwöhnisch gemacht werde.

Die französisch-belgischen Reparationsbesprechungen.

Paris, 1. Mai.

Gestern hatte Ministerpräsident Poincaré eine lange Konferenz mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Barilhou. Die Besprechungen zwischen Barilhou und Delacroix über das gemeinsame belgisch-französische Projekt sind beendet und das Projekt fertiggestellt. Mit der Veröffentlichung soll bis nach Überreichung der deutschen Vorschläge gewartet werden. — Die „Liberté“ berichtet hingegen, die Ausarbeitung des Projekts sei solange eingestellt worden, bis die französische Regierung zu dem deutschen Angebot Stellung genommen habe.

Der wahre Grund der Ruhrbesetzung.

Berlin, 2. Mai.

Bei den großen Berliner Demonstrationen hat der französische Gewerkschaftler Péro, der als Vertreter der kommunistischen Partei Frankreichs nach Deutschland gekommen ist, eine Rede gehalten, in der er sich mit den wahren Motiven der französischen Ruhrpolitik in beachtenswerter Weise beschäftigte. Auch dieser Franzose ist nämlich zu der Auffassung gelangt, daß nicht der geringe Geldbetrag der deutschen Kohlen- und Holzlieferungen, nicht die Unmöglichkeit der Reparationszahlungen Imperialismus veranlaßt haben, sondern das Ruhrgebiet wider Recht und Vertrag zu besetzen, sondern daß der Wachsungen des französischen Kapitalismus diesen Gewaltstreik schon lange geplant und nur den geeigneten Augenblick abgewartet habe, um ihn mit militärischer Macht riskolos durchzuführen. Das Comité des Forges sei mit den Mineralgesellschaften Elbe-Lothringens, die ihm durch den Versailler Friedensvertrag zugefallen seien, nicht zufrieden. Es erstrebe das Kohlenmonopol in Europa und müsse deshalb das Ruhrgebiet unter allen Umständen in seine Gewalt bringen. Das französische Proletariat hat nach Péro Meinung nicht das geringste Interesse an der Ruhrbesetzung. Das Ausland kann aus diesen Gefährdungen eines Franzosen sich über die wahren Ursachen des Ruhrkonflikts unterrichten. Die Ausführungen Péro sollten in der ganzen Welt öffentlich angeschlagen werden.

Erst Verkündung.

Essen, 1. Mai.

Der Gesamtvorstand und Kontrollauschuß des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hielten am 29. April in Bochum eine gemeinschaftliche Sitzung ab und nahmen zu der Forderung Frankreichs, zuerst den positiven Widerstand im Ruhrgebiet aufzugeben und dann in Verhandlungen einzutreten, Stellung und stimmten folgender Entschließung einstimmig zu:

Zur Vollendung des äußeren Aufbaues Thüringens.

Von Staatsminister August Frölich-Weimar.

I.
Obwohl der Zusammenschluß der ehemaligen thüringischen Kleinstaaten (Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Reuß, Sachsen-Altenburg, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen) bereits im Jahre 1919 von den sieben nachrevolutionären Landesparlamenten durch die Zustimmung zu einem Gemeinschaftsvertrag in die Wege geleitet war, ist doch der praktische Zusammenschluß erst am 1. April 1923 erfolgt. Eine Bestimmung des Gemeinschaftsvertrages, wonach eine finanzielle Auseinandersetzung der Einzelstaaten mit dem Gesamtstaat statufinden hatte, zog den praktischen Zusammenschluß hinaus. Bei der Schaffung und Annahme des Gemeinschaftsvertrages sind die Schwierigkeiten der angelegenen Bestimmung unterschätzt worden.

Die Tatsache, daß bereits 1848 versucht worden war, den thüringischen Kleinstaatenhammer zu befeuchten, hatte es nicht vermocht, nach dem Sturz der Fürstentümer im November 1918 durch einen revolutionären Akt Thüringen zu einem Staatsgebilde zusammenzuschweißen. Was sich im Reiche im großen abspielte, wiederholte sich hier im Kleinen. Der Umstand, daß die große Zahl der Reichsbürger bis 1918 von der Gesetzgebung nahezu ausgeschlossen, und durch den Krieg die wenigen in die Gesetzgebungsmaschinerie mangelhaft eingeweihten Vertreter der besten Schichten der Bevölkerung in West und Ost gespreut waren, mag neben der Tatsache, daß die Staatsverwaltung nur in den Händen von Gegnern der Republik lag, dazu beigetragen haben, daß erst nach der Wahl der verfassunggebenden Landesversammlungen der sieben Kleinstaaten die Vorarbeiten zum Zusammenschluß zum Abschluß kamen. Der ursprüngliche Plan, der am 10. Dezember 1918 auf einer Tagung von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte des 36. Wahlbezirks für die Wahl zur Nationalversammlung — also einschließlich preußischer Gebietsteile — und Vertretern der thüringischen Regierungen und Abgeordneten war, wonach der 36. Wahlbezirk zu einem Staatsgebiet Thüringens zusammengefaßt werden sollte, löste Verhandlungen mit der preussischen Regierung aus, die bereits im Jahre 1919 als zunächst gegenseitig bezeugnet werden mußten. Am Verhandlungstische sollte, nach erfolgter sprechenden Vorverhandlungen in einem größeren Kreise preussischer und thüringischer Vertreter, die Zusammenschlußfrage weiter behandelt werden. Der damalige preussische Ministerpräsident Hirth erschien mit einem größeren Stab von Beamten, schiedbar zur Deckung der preussischen Ablehnung Großthüringens. Inzwischen war das für und wider: Einheitsterritorium Deutschland — Schaffung von Reichsprovinzen — Beibehaltung der bisherigen Bundesstaaten — Schaffung eines größeren Mitteldeutschlands Sachsen-Thüringens — unter allen Umständen aber Zusammenschluß der Thüringer Kleinstaaten oder Schaffung einer Provinz Thüringens, die sich als Reichs-provinz einleihen oder an Preußen anschließen sollte, in der Öffentlichkeit hinreichend erörtert worden. Verhandlungen, die ein am 10. Dezember 1918 eingeleiteter Ausfluß mit Preußen und dem Reich angebahnt hatte, mußten erfolglos bleiben, weil die Reichsregierung in wiederholten Bekanntmachungen es abgelehnt hatte, die Bildung neuer Staatswesen vor der Beschlußfassung durch die Nationalversammlung anzuerkennen.

Die Wahlen zu den Parlamenten der thüringischen Kleinstaaten, die Anfang 1919 stattfanden, ergaben, mit Ausnahme von Weimar, sozialdemokratische Mehrheiten, in Weimar eine republikanische und thüringische Mehrheit. Obwohl am 24. März 1919 eine Vertreterkonferenz aller thüringischen Staaten grundsätzlich die Errichtung eines thüringischen Einzelstaates und die Vorlegung eines Verfassungsentwurfs spätestens nach drei Monaten beschlossen hatte, hielten es die sozialdemokratischen Parlamentarier für ratsam, schneller zu handeln. Eine Versammlung der thüringischen Landtagspräsidenten, die sämtlich der sozialdemokratischen Partei angehörten, nahm im April 1919 die Grundzüge eines Gemeinschaftsvertrages an, die von dem damaligen reichlichen Minister v. Branden-Rein ausgearbeitet waren. In einer bald folgenden erweiterten Versammlung fand der Gemeinschaftsvertrag mit der Maßgabe Annahme, daß die Zustimmung aller thüringischen Parlamente als Bedingung zu erfolgen habe. Mit Ausnahme von Sachsen-Meiningen und Gotha — am 12. April 1919 war die Trennung (Personallunion) Coburgs von Gotha erfolgt — stimmten die Landesparlamente dem Gemeinschaftsvertrag zu. Als Gemeinschaftsvertretung war im Gemeinschaftsvertrag der Volksrat, als Vollzugsorgan der Staatsrat festgelegt. Infolge der fehlenden Zustimmung der Meiningen und Coburger Volksvertretungen wurde der Rechtsboden für den Volksrat und Staatsrat in einem Nachtrag zum Gemeinschaftsvertrag dadurch geschaffen, daß der Vertrag zwischen den jetzt Staaten, die zugestimmt hatten, als abgeschlossen gelten, und Meiningen und Coburg der Beitritt zur Gemeinschaft offen gehalten werden sollte. Die Mitglieder zum Volksrat — insgesamt 42 — waren von den Einzel-landtagen, nach der Bevölkerungsgröße abgestuft, zu wählen, die Mitglieder des Staatsrates von den Einzelregierungen zu bestimmen. Die Vertreter der nicht dem Gemeinschaftsvertrag beigetretenen Staaten hatten nur beratende Stimme. Coburg schloß sich später Bayern an. Sachsen-Meiningen stimmte am 11. Dezember 1919 dem Gemeinschaftsvertrag zu, unter Bedingungen, die in einer Denkschrift dem Volksrat und Staatsrat von Thüringern zur Annahme unterbreitet wurden. Nach Zustimmung dieser Körperschaft konnte am 4. Januar 1920 die Publikation des Gemeinschaftsvertrages nicht An-satz erfolgen. Nun erst konnte für alle sieben Staaten die „einkünftliche Regelung sämtlicher Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung für die Einzelstaaten“ begonnen werden (Art. 2 b. G. V.). Um die Schaffung einer Verfassung für das Land Thüringens zu ermöglichen, wurde ein weiterer Nachtrag zum Gemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Nach Verkündung der Reichsverfassung war die verfassungsmäßige Errichtung Thüringens reichsgesetzlich festzulegen. Das Reichsgesetz, das am 30. April 1920 verkündet wurde, spricht den Zusammenschluß der im Gemeinschaftsvertrage festgelegten sieben Staaten zu einem Lande Thüringens, vom 1. Mai 1920 an, aus. Der Volksrat war als vorläufige Volksvertretung und der Staatsrat als vorläufige Regierung anerkannt. Der Volksrat begann seine erste Tagung am 6. Dezember 1919 und beendete seine Aufgaben am 11. Juni 1920. Als wichtigste gesetzgebende Aufgabe war ihm durch den zweiten Nachtrag zum Gemeinschaftsvertrag die Schaffung einer Verfassung, die er nach einem Entwurf des demokratischen Staatsrechtlers Prof. Rosen-thal, als vorläufige Verfassung, verabschiedete, zugewiesen. Die endgültige Verfassung zu schaffen, war dem ersten Landtag von Thüringens in den ersten sechs Monaten seines Bestehens vorbehalten.

Die Wahlen zu den Parlamenten der thüringischen Kleinstaaten, die Anfang 1919 stattfanden, ergaben, mit Ausnahme von Weimar,

sozialdemokratische Mehrheiten, in Weimar eine republikanische und thüringische Mehrheit. Obwohl am 24. März 1919 eine Vertreterkonferenz aller thüringischen Staaten grundsätzlich die Errichtung eines thüringischen Einzelstaates und die Vorlegung eines Verfassungsentwurfs spätestens nach drei Monaten beschlossen hatte, hielten es die sozialdemokratischen Parlamentarier für ratsam, schneller zu handeln. Eine Versammlung der thüringischen Landtagspräsidenten, die sämtlich der sozialdemokratischen Partei angehörten, nahm im April 1919 die Grundzüge eines Gemeinschaftsvertrages an, die von dem damaligen reichlichen Minister v. Branden-Rein ausgearbeitet waren. In einer bald folgenden erweiterten Versammlung fand der Gemeinschaftsvertrag mit der Maßgabe Annahme, daß die Zustimmung aller thüringischen Parlamente als Bedingung zu erfolgen habe. Mit Ausnahme von Sachsen-Meiningen und Gotha — am 12. April 1919 war die Trennung (Personallunion) Coburgs von Gotha erfolgt — stimmten die Landesparlamente dem Gemeinschaftsvertrag zu. Als Gemeinschaftsvertretung war im Gemeinschaftsvertrag der Volksrat, als Vollzugsorgan der Staatsrat festgelegt. Infolge der fehlenden Zustimmung der Meiningen und Coburger Volksvertretungen wurde der Rechtsboden für den Volksrat und Staatsrat in einem Nachtrag zum Gemeinschaftsvertrag dadurch geschaffen, daß der Vertrag zwischen den jetzt Staaten, die zugestimmt hatten, als abgeschlossen gelten, und Meiningen und Coburg der Beitritt zur Gemeinschaft offen gehalten werden sollte. Die Mitglieder zum Volksrat — insgesamt 42 — waren von den Einzel-landtagen, nach der Bevölkerungsgröße abgestuft, zu wählen, die Mitglieder des Staatsrates von den Einzelregierungen zu bestimmen. Die Vertreter der nicht dem Gemeinschaftsvertrag beigetretenen Staaten hatten nur beratende Stimme. Coburg schloß sich später Bayern an. Sachsen-Meiningen stimmte am 11. Dezember 1919 dem Gemeinschaftsvertrag zu, unter Bedingungen, die in einer Denkschrift dem Volksrat und Staatsrat von Thüringern zur Annahme unterbreitet wurden. Nach Zustimmung dieser Körperschaft konnte am 4. Januar 1920 die Publikation des Gemeinschaftsvertrages nicht An-satz erfolgen. Nun erst konnte für alle sieben Staaten die „einkünftliche Regelung sämtlicher Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung für die Einzelstaaten“ begonnen werden (Art. 2 b. G. V.). Um die Schaffung einer Verfassung für das Land Thüringens zu ermöglichen, wurde ein weiterer Nachtrag zum Gemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Nach Verkündung der Reichsverfassung war die verfassungsmäßige Errichtung Thüringens reichsgesetzlich festzulegen. Das Reichsgesetz, das am 30. April 1920 verkündet wurde, spricht den Zusammenschluß der im Gemeinschaftsvertrage festgelegten sieben Staaten zu einem Lande Thüringens, vom 1. Mai 1920 an, aus. Der Volksrat war als vorläufige Volksvertretung und der Staatsrat als vorläufige Regierung anerkannt. Der Volksrat begann seine erste Tagung am 6. Dezember 1919 und beendete seine Aufgaben am 11. Juni 1920. Als wichtigste gesetzgebende Aufgabe war ihm durch den zweiten Nachtrag zum Gemeinschaftsvertrag die Schaffung einer Verfassung, die er nach einem Entwurf des demokratischen Staatsrechtlers Prof. Rosen-thal, als vorläufige Verfassung, verabschiedete, zugewiesen. Die endgültige Verfassung zu schaffen, war dem ersten Landtag von Thüringens in den ersten sechs Monaten seines Bestehens vorbehalten.

Die Wahlen zu den Parlamenten der thüringischen Kleinstaaten, die Anfang 1919 stattfanden, ergaben, mit Ausnahme von Weimar,